Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2460**
15. Wahlperiode 06. 02. 2004

Fragen

für die Fragestunde der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 11. Februar 2004

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung der Auffassung ist, dass die Konzentration der Veredelungswirtschaft in bestimmten Regionen wie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen problematisch ist (vgl. ddp vom 22. Januar 2004), und wenn ja, warum?

2. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Welche Maßnahmen (ggf. mit Prioritätenliste) wird die Bundesregierung ergreifen, um dieses von ihr benannte Problem zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

3. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Trifft es zu, dass in Deutschland mehr als 2 000 Menschen pro Jahr durch Röntgenuntersuchungen an Krebs erkranken und damit unser Land einen europäischen Spitzenplatz belegt (SPIEGEL online vom 30. Januar 2004), und was unternimmt die Bundesregierung, um unnötige Röntgenuntersuchungen einzuschränken?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordneter **Hartmut Schauerte** (CDU/CSU)

Welche Beraterverträge, Studien und Analysen (ab einem Auftragsvolumen von 50 000 Euro) zu welchen Kosten hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) in den vergangenen 5 Jahren in Auftrag gegeben, die in der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 15/2458) nicht erfasst worden sind?

5. Abgeordneter **Hartmut Schauerte** (CDU/CSU)

An wen sind die Aufträge vergeben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie bewertet die Bundesregierung inhaltlich die Forderung, das Staatsziel „gleiche Lebensverhältnisse“ aus dem Grundgesetz zu streichen, wie dies etwa der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, gefordert hat (vgl. DER SPIEGEL vom 2. Februar 2004)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

7. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung zur Abwehr negativer Folgen der zum 1. Mai 2004 stattfindenden EU-Osterweiterung für die Grenzregionen zu den Beitrittsländern ein Maßnahmenpaket in Form eines sog. Grenzgürtelprogramms aufzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

8. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Welche Änderungen plant die Bundesregierung bei der angekündigten Novellierung bzw. Vereinfachung des Vergaberechts (vgl. Handelsblatt vom 5. Februar 2004), und inwieweit trifft es zu, dass diesbezüglich gegensätzliche Vorstellungen zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) bestehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt eine Erhöhung des Bundeswehrkontingentes in Kundus über das bisher bestehende Maß hinaus plant, und wenn ja, mit welcher Begründung wird diese Aufstockung vorgenommen?

10. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass die Existenz der Verwaltungsvereinbarung, die auch die Standortschießanlage Hakedahl in der Anlage aufführt, in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Hans Georg Wagner, vom 19. Mai 2003 auf meine schriftliche Frage 48 auf Bundestagsdrucksache 15/1040 verneint, und dann in einem Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 13. Januar 2004 (AZ: 33-61-00/10-R II 4) doch bestätigt wurde?

11. Abgeordneter **Gero Storjohann** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über einen im Dezember 2003 bei der Bundesluftwaffe erfolgten Abbruch der Ausbildung für angehende Flugzeugführer und Waffensystemoffiziere trotz Zusicherung einer späteren Verwendung, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang auch für andere Truppengattungen vor dem Hintergrund des Vertrauensschutzes für die Soldaten hinsichtlich weiterer vorgesehener Truppenreduzierungen?

12. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Auf welcher Rechtsgrundlage wird die Operation „Active Endeavour“ durchgeführt, und welche Faktoren haben dazu geführt, dass die am 8. Dezember 2003 von der NATO ausgesetzte Operation am 12. Januar 2004 wieder aufgenommen werden musste?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

13. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele jugendliche Straftäter wurden nach Kenntnis der Bundesregierung über „Erlebnispädagogik“ in den letzten fünf Jahren ins Ausland verschickt, und auf welchen Betrag beliefen sich die Kosten hierfür?

14. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung eine Abschaffung der Verschickungsprogramme jugendlicher Straftäter ins Ausland, und wenn nein, warum nicht?

15. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Wird nach Auffassung der Bundesregierung die Prostitution an der deutsch-tschechischen und der deutsch-polnischen Grenze nach der EU-Osterweiterung zunehmen, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

16. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Welche Definition des Begriffs „Beratervertrag“ ist der Antwort der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ulla Schmidt, vom 21. Januar 2004 auf das Schreiben des Abgeordneten Dr. Dieter Thomae vom 18. Dezember 2003 zur Anzahl der Beraterverträge, die das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) abgeschlossen hat, zugrunde gelegt worden?

17. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Wie hoch sind die Kosten für den Sachverständigenrat in den letzten vier Jahren gewesen?

18. Abgeordneter **Daniel Bahr (Münster)** (FDP)

Stellt Prof. Dr. Karl Lauterbach dem BMGS seine Erkenntnisse unentgeltlich zur Verfügung, und wenn nein, in welcher Größenordnung liegen die finanziellen Zuwendungen?

19. Abgeordneter **Daniel Bahr (Münster)** (FDP)

Gibt es weitere Professoren, die für das BMGS beratend tätig werden, und wenn ja, welche Ausgaben fallen hierfür an?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 44.

20. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

In welcher Höhe sind Kosten für die Beratertätigkeit der Rürup-Kommission entstanden und aus welchem Titel wurden sie beglichen?

21. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Haben untergeordnete Behörden, wie z. B. das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut oder das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information, externe Berater in Anspruch genommen, und wenn ja, in welchem Umfang?

22. Abgeordnete **Gitta Connemann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass in Deutschland kein verbindlicher Plan für den Ernstfall eines weltweiten Seuchenzuges der sog. Vogelgrippe existiert, obwohl das Problem seit Jahrzehnten bekannt ist (vgl. Stern, 5. Februar 2004, S. 30/31), und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, vom 27. Januar 2004 auf meine schriftliche Frage 50 vom 20. Januar 2004 auf Bundestagsdrucksache 15/2443, die besagt, dass die Bundesregierung bereits vor einem Jahr Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz der Bevölkerung ergriffen habe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

23. Abgeordneter **Volkmar Uwe Vogel** (CDU/CSU)

Wie gewährleistet die Bundesregierung, dass die Neu- und Ausbaustrecke Halle/Leipzig–Erfurt–Nürnberg, die Teil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes ist und als Verkehrsprojekt Deutsche Einheit im Bundesverkehrswegeplan von der Bundesregierung als Vorhaben im Vordringlichen Bedarf eingestuft wird, trotz gegenteiliger Aussagen der Deutschen Bahn AG (DB AG) in der Öffentlichkeit, prioritär realisiert wird?

24. Abgeordneter **Volkmar Uwe Vogel** (CDU/CSU)

Ist zu befürchten, dass auch die Ertüchtigung der „Mitte-Deutschland-Schienenverbindung“ und der Fertigstellungstermin der „Sachsenmagistrale“ im Jahr 2008 gefährdet sind?

25. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung, dass das jährliche Antrags- und Zusagevolumen für die Altschuldenhilfe im Stadtumbau Ost in beachtlicher Größenordnung in den jeweiligen Bundesländern divergiert?

26. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU)

Für wie viele indisponiblen Maßnahmen (so genannte Altmaßnahmen) des Bundesverkehrswegeplanes ist der Gesehensvermerk im Freistaat Sachsen durch die Bundesregierung bisher nicht erteilt worden, und wann ist mit diesen Vermerken zu rechnen?

27. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass durch die fehlenden Mauteinnahmen keine Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes infrage gestellt sind?

28. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die gleichzeitige Tätigkeit des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen (BMF), Dr. Manfred Overhaus, im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG, einer Gesellschafterin von Toll Collect, und der DB AG einerseits, und als Haushalts-Staatssekretär im BMF andererseits mit der Verpflichtung, Risiken und Schäden für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Vertrag mit Toll Collect zu minimieren und auf optimalen Mitteleinsatz bei Investitionen zu drängen, die Interessen des Bundes beeinträchtigen kann?

29. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung den Ausfall von Maut-Einnahmen zur Finanzierung von Verkehrswegeinvestitionen zu kompensieren?

30. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Welche Grenzübergänge zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik, die derzeit nur PKW-Verkehr abwickeln, wären von ihrer baulichen Ausstattung her geeignet, auch LKW-Verkehr abzufertigen, und bei welchen dieser Grenzübergänge könnte sich die Bundesregierung vorstellen, im Einvernehmen mit dem Nachbarland und vor dem Hintergrund der in den vergangenen Monaten extrem zunehmenden Wartezeiten, diese Übergänge auch für den regionalen Wirtschaftslastverkehr zu öffnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

31. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Welche Programme der Bundesregierung im Bereich Forschung und Entwicklung sind ähnlich wie das Programm Pro Inno zwar im Haushalt 2004 vorgesehen, sind aber bislang nicht angelaufen, und welche Differenz wird nach Erwartung der Bundesregierung zum Jahresende zwischen dem geplanten Fördervolumen und der tatsächlichen Mittelausschüttung aufgrund der eingetretenen Verzögerungen liegen?

32. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie viele Betriebe aufgrund der hohen Ausbildungskosten nicht in der Lage sind, Ausbildungsplätze bereitzuhalten?

33. Abgeordneter **Matthäus Strebl** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung für den Fall der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe Regelungen, die auch die Betriebe mit der Ausbildungsplatzabgabe erfassen, die im Ausland ausbilden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Tibet seinen unabhängigen Status verloren hat und zu einem Teil Chinas geworden ist?

35. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Haben der Bundeskanzler oder Mitglieder der Bundesregierung bei ihren Besuchen in China auch die Situation in Tibet angesprochen?

36. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Warum gilt trotz des aufgrund der beobachteten Einreisevorkommnisse insbesondere aus osteuropäischen Staaten seitens des Bundesministeriums des Innern (BMI) gemachten Vorschlags, die Visaerteilung in der Ukraine erst nach eingehender Prüfung von Reisezweck und Rückkehrbereitschaft zu erteilen, gemäß des Runderlasses des Auswärtigen Am-

tes (AA) vom 3. März 2000 weiterhin, dass die Ablehnung eines Visums für einen langfristigen Aufenthalt nur in „krassen Ausnahmefällen“ infrage kommt wie auch der Grundsatz „in dubio pro libertate“ – im Zweifel für die Reisefreiheit nach Abwägung des Einzelfalles?*)

37. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)

Trifft der Inhalt des „stern“-Artikels vom 29. Januar 2004 zu, dass das AA ohne weitere Nachprüfung den Aussagen eines Beamten des BMI zur Erstellung eines privaten „Reiseschutzpasses“ gefolgt ist und dass es über das entscheidende Gespräch kein Protokoll gibt?

38. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)

Wann hat das AA durch seine Auslandsvertretungen vom nicht zulässigen Verkauf der Reiseschutzpässe der Reise-Schutz AG im Ausland u. a. durch Schleuser und Organisierte Kriminalität erfahren, und zu welchem Zeitpunkt wurde diese Praxis unterbunden (nach Daten aufgegliedert u. a. nach Kiew, Tiflis, Minsk und Moskau)?

39. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Wann erhielt das AA erstmals Kenntnis von gehäuftem Missbrauch bei der Visumserteilung und/oder Schleusertum in der Deutschen Botschaft in Kiew im Rahmen des sog. Reisebüroverfahrens bzw. der Vorlage einer Reiseschutzversicherung (Reiseschutzpass der Reiseschutz-AG bzw. Carnet de Touriste des ADAC), und welche Konsequenzen wurden – mit Angabe des dazwischen verstrichenen Zeitraums – hieraus gezogen (vgl. stern Nr. 6/2004 und Kölner Stadt-Anzeiger vom 28. Januar 2004)?

40. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung den Vorfall, dass nach Erkenntnissen des Russischen Sicherheitsdienstes FSB die bei der Planung der Geiselnahme im Moskauer Musicaltheater „Nord-Ost“ (vom 23. bis 26. Oktober 2002) beteiligten Brüder A. D. und R. D. trotz eines konkreten Hinweises des FSB vom März 2002 (wonach sie mit zwei weiteren Brüdern – davon einer in Deutschland wohnhaft – in die Vorbereitung eines groß angelegten terroristischen Anschlags im Moskauer Stadtgebiet verwickelt wären) mehrfach mit Schengenvisa und Reiseschutzpässen nach Deutschland einreisen konnten, darunter A. D. im Zeitraum vom 14. bis 22. Juli

*) Siehe hierzu auch Frage 43.

2002 nach Dresden, wobei er während dieses Aufenthalts nach geheimdienstlichen Informationen besagten Anschlag auf das Musicaltheater mitgeplant und hierbei u. a. Telefonate nach Moskau zu konspirativen Wohnungen, die von den späteren Geiselnehmern genutzt wurden, geführt hat, und welche Sicherheitsmaßnahmen wurden aufgrund der konkreten Hinweise des Russischen Sicherheitsdienstes getroffen vor dem Hintergrund, dass das Visum nicht versagt wurde (vgl. stern Nr. 6/2004 und Kölner Stadt-Anzeiger vom 28. Januar 2004)?

41. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wann wird der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, den Erlass des AA vom 3. März 2000 betr. Visumverfahren bei den Auslandsvertretungen, der seit dem 15. April 2003 mit Verpflichtungserklärung fortgilt und aufgrund dessen es zu Einschleusungen von Straftätern, Terroristen und Prostituierten gekommen sein soll, aufheben, und wie wird das AA für eine sorgfältigere Überprüfung von Visaangelegenheiten im Ausland (§ 63 Abs. 3 Ausländergesetz) als bisher Sorge tragen?

42. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass aufgrund der Ermittlungen des Bundesgrenzschutzes (BGS), des Bundeskriminalamtes und/oder der Landespolizei gegen einen Mitarbeiter des AA, der wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und Bestechlichkeit abgelöst wurde, ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren läuft, in dem diesem 12 000 unrechtmäßige Visaerteilungen zur Last gelegt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

43. Abgeordneter **Reinhard Grindel** (CDU/CSU)

Wie viele Ausländer sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf Grund der Tatbegehungsform der mittels Sichtvermerkserschleichung legendierten Schleusung im Zeitraum vom 3. März 2000 bis heute nach Deutschland eingereist, und wie viele davon waren nach Kenntnis des BMI und des BGS Terroristen, Prostituierte, Schwarzarbeiter?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 36.

44. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Befürwortet die Bundesregierung die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Ermittlungsgrupe zur Bekämpfung von Kinderprostitution an den Grenzen zu den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechische Republik?*)

45. Abgeordnete **Ursula Heinen** (CDU/CSU)

Wie steht der Bundesminister des Innern, Otto Schily, zu den Äußerungen, das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse nach Berlin ziehen, wie dies z. B. der Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting in der Berliner „Bild“-Ausgabe vom Montag, den 2. Februar 2004 gefordert hat?

46. Abgeordnete **Ursula Heinen** (CDU/CSU)

Ist eine Zentralisierung von Sicherheitsaufgaben durch den Umzug des Bundesnachrichtendienstes, des Bundeskriminalamtes und eventuell des Verfassungsschutzes geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

47. Abgeordneter **Markus Meckel** (SPD)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung in den letzten Monaten unternommen, um den Verbleib des möglicherweise in Ungarn verschwundenen SED-Vermögens („SED-Kaderkonten“) zu ermitteln, und welche Ergebnisse haben diese Bemühungen bisher gebracht?

48. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. will sie ergreifen, damit die Ankündigung von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, die bayerischen Grenzregionen zu Tschechien würden auch in der neuen Förderperiode ab 2007 Fördermittel aus dem EU-Strukturfonds erhalten und der Vorschlag der EU-Kommission für den künftigen EU-Haushalt werde eine „sehr deutliche Erhöhung“ bei den Strukturfonds vorsehen (vgl. Der neue Tag vom 30. Januar 2004), auch Realität wird?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

49. Abgeordneter **Georg Girisch** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die Ankündigung von EU-Kommissar Günter Verheugen, die bayerischen Grenzregionen zu Tschechien würden auch in der neuen Förderperiode ab 2007 Fördermittel aus dem EU-Strukturfonds erhalten (vgl. Der neue Tag vom 30. Januar 2004), für Planungen zur zukünftigen Strukturpolitik des Bundes?

50. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie viele externe Berateraufträge wurden insgesamt im Zeitraum 1983 bis 1998 durch die Bundesministerien erteilt?

51. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Erfolgskontrollen hat die Bundesregierung bei den in Frage 50 konkretisierten externen Beraterauftägen angewandt, und wie wirkten sich die Ergebnisse auf die Gesamtentlastung des Bundeshaushaltes aus?

52. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Ist es richtig, wie es der Aufstellung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 15/2458) zu entnehmen ist, dass das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) seit 1998 keinen einzigen Beraterauftrag, keine Analyse und keine Studie (ab einem Auftragsvolumen von 50 000 Euro) vergeben haben?

53. Abgeordneter **Karl-Josef Laumann** (CDU/CSU)

Haben das BPA und das BMU Beraterauftäge, Analysen und Studien vergeben, die den in der Antwort aufgelisteten Verträgen der obersten und oberen Bundesbehörden vergleichbar sind, und wenn ja, warum wurden diese in der Antwort nicht aufgeführt?

54. Abgeordnete **Dagmar Wöhrl** (CDU/CSU)

Ist es richtig, dass die Namen der erfolgreichen Bieter aller europaweit ausgeschriebenen Aufträge an externe Berater der Bundesregierung im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und damit der öffentlichen Kenntnisnahme unterliegen, und wenn ja, warum weigert sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der

CDU/CSU „Vergabepraxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 15/2458) dem Deutschen Bundestag die Namen mitzuteilen?

55. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU)

Ist es richtig, dass alle erfolglosen Bieter einer öffentlichen Ausschreibung Kenntnis über den erfolgreichen Bieter und den Preis des Auftrages erlangen oder erlangen können, und wenn ja, warum weigert sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 15/2458) dem Deutschen Bundestag die Namen mitzuteilen?

56. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)

Welches Auftragsvolumen haben der zwischen dem BPA und der Agentur „Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH“ geschlossene Rahmenvertrag über die Entwicklung von Kommunikationsstrategien zu zentralen Politikfeldern und die sieben vom BMU mit der Agentur abgeschlossenen Verträge (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 30 bis 33 in der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Vergabepraxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ auf Bundestagsdrucksache 15/2458)?

57. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Wie viele ehemalige Beschäftigte der Arbeitsämter, die jetzt zur Zollverwaltung gehören und sich mit der Verfolgung von Schwarzarbeit beschäftigen sollen, sind bereits auf diesem Gebiet voll einsatzfähig (Frankfurter Rundschau online vom 28. Januar 2004), und wie viele befinden sich noch in der Weiterbildung?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333